

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Einander zuhören und einander verstehen, ist ein erster Schritt in eine gemeinsame, friedliche Zukunft.

UKRAINE

Sich verstehen und gemeinsam handeln

Vom 26. bis 28. August 2022 organisierten wir¹ in der nordostdeutschen Hafenstadt Greifswald einen Aktionskongress mit dem Thema: «Nach der russischen Invasion in der Ukraine – solidarische Netzwerke, jetzt erst recht!» zu dem wir Aktivist·inn·en aus der Ukraine und Russland einluden.

Nach wochenlanger Vorbereitung gemeinsam mit unseren Freund·inn·en der STRAZE² trafen wir uns mit Gruppen, Aktivist·inn·en und interessierten Einzelpersonen quer aus Deutschland, der Ukraine, Russland und darüber hinaus. Ziel des Treffens war zum einen, soziale Netzwerke international zu stärken und auszubauen, die zu Themen rund um den Angriffskrieg in der Ukraine arbeiten. Zum anderen wollten wir einen Raum schaffen, in dem wir verschiedene, auch kontroverse Positionen und Haltungen hören können, um einander besser zu verstehen und gemeinsam handlungsfähig zu sein. Dafür hörten wir Vorträge zu den Folgen des Krieges aus der antiimperialistischen, feministischen, soziologischen und basisaktivistischen Perspektive, stellten Fragen, diskutierten, hörten polyphonische Gesänge aus der Ukraine, assen, tranken und tanzten gemeinsam. Viele Mitglieder des Europäischen BürgerInnen Forums

(EBF) und Menschen aus den Kooperativen von Longo maï in Westeuropa waren und sind in die direkte Unterstützung der Longo maï-Höfe in Transkarpatien (Westukraine) und deren Netzwerk involviert. Das gesamte Organisations-Team des Kongresses war in der ersten Jahreshälfte abwechslungsweise in der Ukraine und hat dort die Arbeit unserer Freundinnen und Freunde unterstützt.

Wie es zum Kongress kam

Schon dort hatte sich gezeigt, dass es zwischen den linken Bewegungen viel zu klären gibt. Wir haben von Anfang an über Militarismus, Nationalismus, Imperialismus, über Selbstbestimmung, Frieden und Freiheit gestritten und uns wieder versöhnt. Dabei stand selbstverständlich solidarisches Handeln nie in Frage. Aber war das wirklich selbstverständlich? Unsere Erfahrung war ganz praktisch: Streiten und zusammenarbei-

EDITO

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Welt ist zum Verzweifeln, täglich neue Schreckensnachrichten aus allen Himmelsrichtungen. In Russland werden Hunderttausende Männer mobilisiert, um in den Krieg gegen die Ukrainer·innen zu ziehen und trotz der Repression steigt der Widerstand im Land und auch die Zahl der Ausreisenden. Im Iran werden junge Frauen ermordet, weil sie die Sittengesetze nicht genau befolgen. Der Protest dagegen ist gewaltig, doch Dutzende Widerständige werden auf der Strasse von der Staatsmacht umgebracht.

Täglich sterben, durch die Willkür der europäischen Migrationspolitik, Menschen – oft sehr junge –, die aus ihrer Heimat geflohen sind, und gegen die, welche es bis zu uns schaffen, wird Stimmung gemacht. In Frankreich, Schweden, Italien und Österreich erlebt die extreme Rechte einen solchen Aufschwung, dass einem übel wird. Im Süden, wie in Pakistan oder Puerto Rico, sind die Folgen des durch den Kapitalismus verursachten Klimawandels grauenvoll. Und die traurige Liste wäre noch lange.

Aber trotzdem: Bitte verzweifelt nicht! Stellt Euch dieser Entwicklung entgegen. Es ist immer möglich, etwas zu tun, um eine positive Veränderung zu erwirken. Verliert nicht den Mut! Gewöhnt Euch nicht an alles.

Denkt an das Lied «Ermutigung» von Wolf Biermann, und lasst Euch nicht verhärten in dieser harten Zeit!

Constanze Warta

ten ist gleichzeitig möglich – die Zusammenarbeit von Menschen, die einander kennen, verstehen und unterstützen wollen, ist die wichtigste Antwort auf Bomben, Hass und Töten. Mit dieser Erfahrung zurück in Mecklenburg-Vorpommern erlebten wir Momente, in denen wir verstanden, dass es grosse Angst vor dem Verlust von grundlegenden Überzeugungen gibt: Antimilitarismus und das Recht auf Selbstverteidigung, Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung, Anti-Nationalismus. Wir verteidigen unsere Grundwerte hinter all diesen grossen Schlagwörtern und übersehen dabei oft, wo wir uns nach wie vor einig sind, welche die offenen Fragen sind, die keiner von uns endgültig beantworten kann und was das eigentliche Ziel ist. Wir sahen auch, dass viele linke Gruppen hier und in der Ukraine oder auch in Russland wenig voneinander wissen. So kam es zu dem Beschluss, diesen Kongress zu organisieren und einige der Kontakte, die wir geknüpft hatten, zusammenzubringen. Die STRAZE bot sich als ein alternativer Veranstaltungsort in Greifswald mit einer schönen Atmosphäre, guter Infrastruktur und einem tollen Team als idealer Ort an. Und so entschieden wir im Juni, für Ende August alles auf die Beine zu stellen.

Anti-imperialistische und feministische Perspektiven

Wir eröffneten den Kongress inmitten von zwei Fotoausstellungen: «Gesichter und Geschichten» von der Fotografin Magdalena Menzinger, die unsere solidarischen Aktivitäten in den ersten Kriegstagen in Nischnje Selischtsche/Transkarpatien dokumentiert und Dorfbewohner_innen und Binnengeflüchtete porträtiert hat. Die Fotos von Oleskandr Glyadelov bezeugen dagegen die Gräueltaten durch die russische Armee in Orten wie Irpin, Butscha, Hostomel und Borodjanka.

Am nächsten Morgen diskutierten Oksana Dutchak, Soziologin, Feministin und Mitherausgeberin der linken ukrainischen Zeitschrift Commons, und Aleksandra Talaver von der russischen Gruppe «Feministischer Antikriegs-Widerstand» FAR auf dem Podium zu «Was ist das Recht auf Widerstand?». Dazu beschrieb Oksana Dutchak die feministische internationale Solidarität während des Krieges, die sich im Praktischen äussert. So wurden viele frauenrelevante Hilfsgüter wie Binden, Verhütungsmittel, Windeln etc. geliefert. Ausserdem argumentierte sie für den bewaffneten Widerstand und das Recht auf Selbstverteidigung, welches im Manifest der russischen Gruppe FAR, das von ukrainischen, russischen und internationalen Feministinnen verfasst wurde, festgehalten ist. Die ukrainischen Feministinnen fordern darin eine sachkundige Bewertung einer spezifischen Situation anstelle einer abstrakten geopolitischen Analyse, die den historischen, sozialen und politischen Kontext ignoriert. Abstrakter Pazifismus, der alle am Krieg beteiligten Sei-

ten verurteilt, führt in der Praxis zu unverantwortlichen Lösungen. Sie bestehen auf dem wesentlichen Unterschied zwischen Gewalt als Mittel der Unterdrückung und als legitimes Mittel der Selbstverteidigung.

Soziologische Perspektive und praktische Solidarität

Aleksandra Talaver ist ebenfalls der Ansicht, dass die russische feministische Antikriegsbewegung nichts ohne den bewaffneten ukrainischen Widerstand bewegen kann. Sie beschrieb Handlungsspielräume, wie z. B. Strassenaktionen und deren Schwierigkeiten durch die Repression. Die russische FAR unterstützt Streiks und die Rechte von Lohnarbeiter_innen. Wegen ihren Antikriegspositionen müssen sie mit Schikanen am Arbeitsplatz und Entlassungen rechnen. Der FAR haben sich 30.000 Menschen angeschlossen und sie ist somit eine der grössten Antikriegsbewegungen in Russland. Am Nachmittag nutzten einige die Chance für einen informellen, bereichernden Austausch, während andere sich der Grossdemonstration «Damals wie heute: Erinnern heisst verändern! – 30 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen»³ anschlossen. Am Abend hörten wir den beeindruckenden polyphonschen Gesang von Drevo. Die Gruppe lässt die Gesänge der verschiedenen Regionen in der Ukraine wieder lebendig werden.

Am dritten Tag beschrieben uns Natalia Lomonosova und Yelyzaveta Khassai vom ukrainischen Forschungszentrum Cedoss die sozialen Folgen des Krieges auf fundierte und konkrete Weise: Arbeitsrechtsbeschränkungen bis hin zu dessen Abschaffung; ein Drittel der Ukrainer_innen hat seit Beginn des Krieges den Arbeitsplatz verloren. 60 bis 80 Prozent der Menschen werden unter die Armutsgrenze fallen. Zudem steigen die Mieten, Vermieter_innen können die Mietpreise legal nach Belieben erhöhen und temporäre Unterbringungen sind unzureichend ausgebaut, während langfristige Lösungen von der Regierung noch immer nicht angeordnet werden. Der Wiederaufbauplan ist schon in der Theorie, laut Cedoss, vollkommen unzureichend, um alle Menschen sozial minimal abzusichern. So soll bei der «Wiederaktivierung» des Arbeitsmarktes ein grosser Teil der Bevölkerung ausgeschlossen werden – vor allem Menschen in prekären Verhältnissen. Die Diskussion innerhalb der ukrainischen Gesellschaft sei wichtig, um für Alle soziale Lösungen zu finden. Mit der Arbeit im Forschungszentrum soll ein Beitrag hierzu geleistet werden. Natalia Lomonosova erwähnte, dass unter dem Kriegsrecht in der Ukraine, auch wenn das Recht auf Versammlungsfreiheit eingeschränkt ist, NGOs und Gewerkschaften ihre politische Arbeit fortsetzen, indem sie neue Gesetzesentwürfe kritisieren. Internationale Organisationen müssen sich daran beteiligen, um einen wirklichen Druck auf die ukrainische Regierung

auszuüben. Danach präsentierte Dmytro Myschenin die selbstorganisierte Basisinitiative aus Dnipro «Angels of Salvation», die bisher mehr als 27.000 Menschen aus der Ostukraine evakuiert hat, humanitäre Hilfsgüter liefert, Beratungsgespräche mit Binnengeflüchteten führt und Veranstaltungen und Programme für Kinder organisiert. Sergej Chubukov beschrieb als Mitglied der Hilfsinitiative NEBO deren Arbeit. NEBO ist eine Organisation aus Charkiw, die sich vor allem der Lebensmittelhilfe verschrieben hat. Gegründet wurde sie von Restaurantbesitzer_innen und Einwohner_innen der Stadt, die sich nach dem russischen Angriff dazu entschlossen, in der Stadt zu bleiben und die Ausstattung und Infrastruktur der Restaurants zu nutzen, um Menschen in Not mit Lebensmitteln und warmen Mahlzeiten zu versorgen. Die Freiwilligen kochen rund 7000 warme Mahlzeiten pro Tag.

Beide Initiativen sind während der letzten Monate gewachsen. Sie haben die Arbeiten sektoriell aufgeteilt und ausgebaut. Sie überlegen nun ihre Tätigkeitsfelder auf weitere gesellschaftlichen Aufgaben wie Energieversorgung und Müllentsorgung auszuweiten, da der Staat diese nicht erfüllt. Die Frage, wie weit dieses Engagement den Staat seiner Verantwortung enthebt, ist noch nicht geklärt. Aber sie sind entschlossen, dort aktiv zu sein, wo Lücken von staatlichen Strukturen nicht gefüllt werden. Im Moment versuchen sie an Unterstützungsgeldern von grossen Organisationen, wie von denjenigen der UNO, zu kommen und stossen dabei auf grosse administrative Hürden.

Einen Schritt weiter

Alle Teilnehmer_innen und eingeladenen Gäste konnten neue Kontakte knüpfen, und an manchen Stellen wurde die Solidarität sehr schnell praktisch. So haben sich z.B. neue Kontakte zu Stiftungen für beide Basisinitiativen aufgetan. Der ganze Kongress wurde von Menschen moderiert, die in den jeweiligen Themen bewandert waren, und eine professionelle Übersetzung garantierte eine ebenbürtige Beteiligung aller. Die hervorragende Verköstigung durch die STRAZE tat ihr Übriges. Dies waren wohl mit die Gründe, warum das gesamte Treffen in einer vertrauensbildenden, offenen und entspannten Stimmung stattfinden konnte. Alle Teilnehmenden hatten einen sehr spannenden Rucksack an Erfahrungen, Kontakten und Gedanken mitgebracht. Wir hätten noch ein paar Tage mehr Zeit gebraucht, um diese Rucksäcke ganz zu leeren. Dennoch haben wir mit diesem Kongress einen wichtigen Schritt getan, uns besser kennengelernt und internationale Solidarität und Zusammenarbeit aktiviert.

Das Organisations-Kollektiv

1. «Wir» sind das Europäische BürgerInnen Forum und Mitglieder der Longo-mai-Bewegung von Hof Ulenkrug (Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland) und Zeleny Hay (Transkarpatien, Ukraine).

2. <https://straze.gristuf.org>

3. <https://gedenken-lichtenhagen.de>

Archipel

Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogy 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

Wer bin ich, dass...

Im Krieg stellt man viele Fragen. «Hast du getötet?» ist wohl die verstörendste unter allen. Sie dringt ins Innerste des Menschen. Dort, wo sich Gewissen, Ethik, Moral und Glaube streifen. Es ist eine Frage, die einen langen Weg geht, bevor sie ausgesprochen wird.

Skrupel, Scheu, Respekt und Angst sind die Hürden, die sich ihr entgegenstellen. In einem langen und nachdenklichen Gespräch, in dem Vertrauen spürbar wird, kann es geschehen, ist es möglich, sie zu stellen. «Hast Du getötet?» Mein Herz klopfte immer bis zum Hals, wenn diese drei Worte über meine Lippen kamen. Und während die Frage im Raum schwebte, nicht mehr zurückzuholen, schickte ich ihr die Hoffnung hinterher: «Bitte sag Nein!» Und hatte gleichzeitig das Gefühl, eine Grenze zu überschreiten. «Wer bin ich, dass...?»

Nie, nie sagte einer der Soldaten, der Milizionäre, der Kämpfer: «Ja.» Kein einziges Mal. Alle antworteten indirekt, mit Geschichten, über Umwege. Der israelische Filmemacher, der bei der Invasion in Beirut 1982 Kampfsoldat war, sagte: «Ich erinnere mich, wie ich in eine Wohnung gezielt habe. Ich glaube, es war die Küche. Da waren Gestalten. Ich weiss nicht, ob meine Kugel jemanden dort getroffen hat. Vielleicht, wahrscheinlich.» Es waren Jahrzehnte vergangen und er erinnerte sich ganz präzise an die Szene, an den Moment.

Eine Reaktion wiederholte sich im Laufe der Jahre immer wieder, egal in welcher Welt: «Das erste Mal ist es unheimlich schwer. Darüber kann ich nicht reden. Aber danach – danach ist da keine Hemmung mehr. Dann ist es ganz einfach.» So sprach der Mund. Und in den Augen war staunend-leere Fassungslosigkeit.

Wenn ich diese Momente als «heilig» beschreiben möchte, tu ich das nicht leichtfertig. Ich hab sie so empfunden. Der Mensch mir gegenüber offenbarte sich in seiner existentiellen Blösse, in seiner tiefsten Verstörttheit, in seinem kalten Entsetzen über sich selbst, in seinem Geheimnis. Da war nichts mehr, was bedeckte, relativierte, erklärte, um Verständnis bat. Keine Dramatik, wenig Emotion. Die Worte hatten das Ungeheuerliche eingefangen. Danach blieb nur die Stille, in die sie sanken. Und zwischen uns der Abgrund. Auch in mir war Leere. Keine Gedanken, keine Gefühle. Nur der Blick in den Abgrund.

Radikale Ehrlichkeit

Es gibt keinen Trost. Es gibt keine Annäherung. Du hast getötet. Es ist geschehen. Und du kannst es nicht mehr ungeschehen machen. Nicht wegdenken. Nicht vergessen. Es wird mit dir sein bis zum eigenen Tod. Das ganze restliche Leben. Wird es leichter, weil du deinem Regime geglaubt und gehorcht hast? Immer noch glaubst, immer noch gehorcht? Hilft es zu wissen, dass du dich, deine Familie, dein Land verteidigt

hast? Entlastet die Tatsache, dass du viel zu jung warst für den Krieg?

Ich hab oft Soldaten und Milizionäre in der Gruppe erlebt. Auf dem gemeinsamen Feldzug. In einer Art Rausch. Sich gegenseitig anfeuernd. Hin und wieder war es offensichtlich, dass die Männer unter Drogen standen. Diese verschlucken Angst und Empathie. Moral und Gewissen. Da tötet es sich leichter. Und immer öfter. Da foltert es sich skrupelloser. Kollektiver Wahn.

Später dann verliert der Rausch seine Wirkung, eine kalte Nüchternheit zieht ein in Herz und Kopf. Und eine tiefe Einsamkeit. War das Verbrechen in der Truppe noch als Heldentat gefeiert worden, ist es jetzt, nach dem Krieg, ein Geheimnis. Oder bleibt für andere eine diffuse Ahnung, mit der sie nicht in Berührung kommen wollen. Wieder dieser Abgrund, der trennt. Allein mit den Erinnerungen, dem Grauen, dem Moment, der Tat – und den Getöteten.

Einer wird krank an der Seele, ein anderer verleugnet, ein dritter rechtfertigt, der nächste bleibt in der Gewalt, der Aggression, der Verzweiflung. Jeder allein.

In Israel und Palästina gibt es die NGO «Combatants for peace». Dort haben sich unter anderen Menschen zusammengetan, die getötet haben. Ein israelischer Kampfpilot zum Beispiel, ein palästinensischer Militanter, der Anschläge verübt hat. Ich durfte einen Blick werfen auf den Prozess, den sie durchliefen, immer noch durchlaufen. Radikale Ehrlichkeit: «Ich habe getötet.» Tiefes Erkennen: «Der Feind ist mein Mitmensch.» Radikales Handeln: «Unsere individuellen Erfahrungen leiten uns auf einem gemeinsamen Weg zur Utopie. Zum Frieden.» Das ist kein Geschenk, das ist härteste Arbeit und grosser Schmerz. Und vielleicht so etwas wie Befreiung.

Zurück im zivilisierten Leben

Ein paar Jahre nach dem Bosnienkrieg bin ich auf dem Markt in Belgrad einem alten Mann begegnet. Ein Grossvater, an der Hand sein Enkel. Es war ein Philosophieprofessor, der vor und während des Krieges im engsten Kreis des Kriegsverbrechers Radovan Karadzic in Pale wirkte. Ein Intellektueller, bekannt als Experte für Hegel. Er half mit, die serbische Vertreibungspolitik philosophisch zu begründen und zu legitimieren. Er nutzte seinen Ver-

stand und seinen Geist für die Grundlage zum massenhaften Töten. Da stand er nun, kaufte Gemüse, Früchte, Fisch wie ein ganz normaler Grossvater. In aller Ruhe. Zurück im zivilisierten Leben. --- Nie angeklagt, nie verurteilt.

Oder Biljana Plavsic. Auch sie eine Professorin, studierte Biologin. Auch sie im Umkreis von Karadzic, später seine Nachfolgerin als Präsidentin der Serbischen Republik in Bosnien. Unvergessen, wie sie uns erklärte, warum die muslimischen Mitbürger_innen es nicht wert seien, gleichberechtigt und frei im Land zu leben. Warum sie vertrieben und ausgerottet werden mussten. Eine Aussage, die ihr zugeschrieben wird: «Muslime sind ein genetischer Irrtum im serbischen Körper.» Reiner Rassismus. Und verkleideter Hass. Ich erinnere mich noch wie kalt es war in ihrem Büro. Mitten im Sommer. --- 2003 wurde Plavsic in Den Haag als Kriegsverbrecherin verurteilt.

Sie, die ganz oben, entwerfen den Pfad durchs Kriegsfeld. Detaillierte Planung. Und oft abgeseget von Kirchenhierarchien. Sie nennen das Töten notwendig, richtig, überlebenswichtig. Sie erklären die «Anderen» zu Feinden, werten sie ab, nennen sie Tiere. Ratten, Hunde. Sie verzerren die Geschichte zu Hetze, Propaganda und Lügen. Trüffel das Gift in die Gesellschaft über Monate und Jahre. Sie tragen weisse Hemden und haben manikürte Finger. Kein Blut, kein Dreck. Und dann lassen sie die Soldaten marschieren, abgerichtete, entgeisterte Untertanen. Die Stiefel im Schlamm, die Hände an der Waffe, das Verbrechen vor sich.

Die, die es sehen, die, die sich weigern, mitzujohlen, mitzustampfen, werden zu Ausgestossenen. Kaum ein europäisches Land hat damals den serbischen Deserteuren Schutz gegeben oder politisches Asyl. Ich habe einige von ihnen unter Brücken und in Wartesälen von verlassenen Bahnhöfen in Ungarn angetroffen. Ausgespien von der kriegsclüsternten Heimat. Gestrandet im Nirgendwo.

In meiner Agenda kann ich nachschlagen: dreissig Jahre her. Dreissig Jahre?

Iren Meier*

*Iren Meier war von 1975 bis 2012 Schweizer Rundfunk Korrespondentin im Nahen und Mittleren Osten. Dieser Text wurde in der Juninummer von «Neue Wege» publiziert und uns freundlicherweise von der Autorin zu Verfügung gestellt – Herzlichen Dank!



Massaker am Grenzzaun

Die «Association marocaine des droits humains» (AMDH) von Nador¹ hat eine genaue Untersuchung über das tödliche Drama vom 24. Juni 2022 am Grenzübergang Bario Chino veröffentlicht.² Dieser Rapport sowie Zeugenaussagen, die ein Freund des Europäischen BürgerInnen Forums in Tanger, Rabat und Nador in der Woche nach den Ereignissen gesammelt hat, bilden die Grundlage dieses Artikels.

Wut und Trauer überkommen uns, wenn wir an das Drama denken, das am 24. Juni 2022 am Grenzübergang Bario Chino zwischen Nador in Marokko und der spanischen Enklave Melilla stattgefunden hat. 27 Migranten kamen dabei ums Leben, unzählige wurden verletzt, 64 Personen werden bislang noch vermisst und Hunderte sind abgeschoben worden – all dies aufgrund einer beispiellosen Repression der marokkanischen Ordnungskräfte mit der Komplizenschaft ihrer spanischen Kollegen. Nach der Beilegung ernster Unstimmigkeiten³ hatten die beiden Länder bei einem bilateralen Treffen im Mai 2022 die gemeinsame Bekämpfung der sogenannten illegalen Migration und der Schleppernetzwerke beschlossen. Die Tragödie von Bario Chino ist in diesem Kontext zu sehen.⁴

Die Vorgeschichte

Nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen Marokko und Spanien vervielfachten die marokkanischen Ordnungskräfte ihre Angriffe auf die Migrant:inn-en im Land. Diese polizeilichen Aggressionen fanden auf dem gesamten Territorium Marokkos, aber

insbesondere auf den Gurugu-Bergen statt, die sich über der Stadt Nador und der Enklave Melilla erheben. Die ständigen Repressalien konnten einen Teil der Migrant:inn-en um 20 Kilometer von dem Grenzzaun vor Melilla zurückdrängen. So gingen die Anstürme der Exilierten gegen die Barrieren der Festung Europa erst einmal zurück. In dieser Zeit waren alle Kategorien der marokkanischen Repressionskräfte mobilisiert: Gendarmerie und mobile Polizei sowie Agenten und Hilfskräfte der Behörden unter der persönlichen Aufsicht des Gouverneurs von Nador. Die gewalttätigsten Angriffe auf die Lagerstätten der Migrant:inn-en wurden am 23. Mai und zwischen dem 17. und 23. Juni registriert. Hier ist zu sehen, dass Marokko perfekt seine Rolle als Gendarm an der Grenze zu Europa spielt, sofern gewisse Forderungen des Königreichs, wie z.B. nach mehr Geld, von der EU berücksichtigt werden.

Vor allem die arabischsprachigen Geflüchteten aus dem Sudan und Südsudan, aus Eritrea und dem Tschad sahen sich mit diesem beispiellosen Anstieg der Repression konfrontiert. Etwa zwei Drittel der 1500 Men-

schen, die am 24. Juni 2022 den Grenzübergang Bario Chino stürmten, waren junge Männer aus Ostafrika. Die meisten von ihnen hatten sich vier bis fünf Jahre zuvor auf den Weg gemacht, um ein Leben abseits der Kriege und Verwüstungen zu suchen oder um sich der Zwangsarbeit und dem obligatorischen Militärdienst zu entziehen. Als sie nach Marokko gelangten, hatten sie bereits in Libyen die Hölle durchlebt. Dort waren sie von bewaffneten Milizen verfolgt und eingesperrt worden. Viele ihrer Familien hatten keine andere Wahl, als ihr Hab und Gut zu verkaufen, um das Lösegeld für die Rettung ihrer Söhne oder Töchter zu bezahlen. Die in Marokko Angekommenen waren von der Hoffnung getrieben, bei den UNHCR-Vertretungen im Königreich Gehör zu finden und ein wenig Würde zurückzugewinnen.

Trotz der Dokumente des UNHCR, die für die Menschen aus dem Sudan, dem Tschad und aus Eritrea ausgestellt wurden und deren Asylantrag belegten, erhielten sie nicht den Schutz, den sie sich erhofft hatten. Stattdessen wird ihnen das Leben schwer gemacht, genauso wie den westafrikanischen Subsahara-Afrikaner:inne-n, die sich bereits seit zwei Jahrzehnten niedergelassen haben. So müssen sie beispielsweise das Doppelte des üblichen Preises bezahlen, um ein schäbiges Zimmer mieten zu können. Die meisten von ihnen sind gezwungen, auf der Strasse oder in den Wäldern zu überleben. Schnell mussten sie feststellen, dass auch in Marokko Gewalt gegen Menschen mit schwarzer Hautfarbe ausgeübt wird. Aboubakr Hassan, ein 27-jähriger Sudanese, erzählt: «Wir haben hier keine Sicherheit gefunden; die Marokkaner sind in der Nacht mit Messern gekommen und haben uns das Geld und die Telefone weggenommen. Wir hatten Angst, deshalb mussten wir weiter. Wir wollten nach Melilla. Wir sagten uns alle, dass wir uns auf dem



Ein Mensch sucht etwas Schlaf in den Bergen von Nador. Foto: G. Tripodo

Berg El Marug treffen würden, doch selbst dort haben sie uns nicht in Ruhe gelassen. Sie kamen jedes Mal, um uns anzugreifen und zu schlagen.»

Repression, Widerstand, Aufbruch

Im Juni strömten dann Hunderte von Migrant-inn-en in die Gurugu-Berge, insbesondere aus der arabischsprachigen Gemeinschaft. Die verschiedenen marokkanischen Polizeieinheiten unter der Aufsicht des Gouverneurs von Nador setzten alles daran, sie zu vertreiben. Sie suchten sogar mehr als zwanzig Kilometer vom Grenzzaun entfernt nach ihnen und setzten Drohnen und Hubschrauber ein, um die Lagerstätten aufzuspüren. Bei diesen Angriffen jagte die Polizei die Exilierten in dem steilen Gelände und zerstörte alles, was diese auf ihrer Flucht nicht mitnehmen konnten. Mit geschwollener Lippe und einer Verletzung auf der Stirn berichtet Maluat Majiir John aus dem Südsudan von den Tagen vor dem versuchten Durchbruch in Bario Chino: «Sie haben uns angegriffen, wir rannten, und am selben Tag wechselten wir von einem Berg zum anderen, dann griffen sie uns wieder an. (Er zeigt seine Wunde im Gesicht): Ich habe das von dort, sie schossen auf mich mit einer kleinen Pistole, die auf Arabisch «Buban» genannt wird.» Doch zum ersten Mal begannen die Verfolgten gegen diese alltäglichen Schikanen Widerstand zu leisten. Der 14-jährige Abdelziz Mohamat Ismail aus dem Tschad berichtet: «Einige haben gesagt: Wir dürfen nicht mehr einfach weglaufen; wenn wir weglaufen, geht alles verloren. Also haben wir uns ein Herz gefasst und uns gegen sie gestellt. Als wir uns gewehrt haben, gab es viele Verletzte.» Zwischen dem 17. und 20. Juni kam es zu einer Konfrontation zwischen den Geflüchteten der subsaharischen arabischsprachigen Gemeinschaft und den Ordnungskräften. In Tränengas-Wolken antworteten Steine auf Gummigeschosse und Schrotpistoleten. Es gab Verletzte auf beiden Seiten.

Nach Angaben der «Association marocaine des droits humains (AMDH)» war jedoch der 23. Juni der härteste Tag. Die Auseinandersetzungen dauerten den ganzen Tag an, bis die Migranten sich auf einen anderen Berg zurückzogen. Am Morgen des 24. Juni, ihrer Überlebenschancen im Wald beraubt und in die Enge getrieben, bewaffneten sich die knapp 1000 Ostafrikaner mit Stöcken und Steinen, bevor sie den Berg in Richtung Grenze verliessen. Ihnen schlossen sich andere Migranten u. a. aus Burkina Faso, Guinea und Senegal an. So machten sich etwa 1500 Menschen auf den Weg zum Grenzübergang Bario Chino vor Mellila. Obwohl deren Bewegungen offensichtlich überwacht wurden, zogen es die marokkanischen Polizeikräfte vor, nicht einzugreifen, bevor die Menschenmenge den Zaun erreicht hatte. An diesem Tag gab es keine Zusammenstöße, und die Stöcke und Steine wurden vor dem Ansturm zurückgelassen.

«Sie schlugen uns bis es Tote gab»

Erst gegen 10.30 Uhr, einige Minuten nachdem die Menge begonnen hatte, den Zaun zu überwinden, griffen die Polizeikräfte ein – und zwar mit extremer Brutalität. Die Gewalt richtete sich vor allem gegen die mehreren

hundert Migranten, die den Grenzposten erreicht hatten und auf der ersten Linie der Zäune sassen. Auf den von der AMDH verbreiteten Videos ist zu sehen, wie die Gruppe, die versuchte, die Tore und Drehkreuze des Grenzübergangs zu durchbrechen, mit Steinen, Gummischrot und Tränengas beschossen wurde. In dieser Atmosphäre, unter den Geschossen sowohl des marokkanischen Königreichs als auch des spanischen Staates, kam es zu Rempelen und einer Art Massenpanik. Die Behörden führten die 23 toten Migranten, die sie am Tag nach der Tragödie eingestehen mussten, auf diese Tatsache zurück. Die Zeugenaussagen und Bilder lassen jedoch Zweifel an dieser Version aufkommen. Als die marokkanischen Beamten nach ihrem einstündigen Beschuss der Menge das Gelände des Grenzübergangs betraten, misshandelten sie die Menschen auf grausamste Weise. Sie schlugen mit Schlagstöcken auf jeden ein, der es noch wagte, ein Lebenszeichen von sich zu geben; sie traten die wehrlosen Körper, die nach Luft schnappten, schleiften und stapelten sie dann wie leblose Materie zusammen. Da lagen sie: blutverschmiert, übereinandergeworfen oder ineinander verschränkt, ohne zwischen Lebenden und Toten unterscheiden zu können.

Die spanische Guardia Civil, als Komplizin dieses brutalen Einsatzes, übergab den marokkanischen Grenztruppen etwa 100 Geflüchtete, die gerade den Zaun überwunden hatten. Diese Abschiebungen beraubten die Schutzsuchenden ihres Rechts auf Asyl. Nur 130 der 1500 Exilierten schafften es, das Aufnahmezentrum in Melilla zu erreichen. Der Geflüchtete Ahmad Abdal Ahmad berichtet: «In Wirklichkeit war das keine Schlacht, es wurde gesagt, es sei eine Schlacht, aber es war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein grausames Massaker. Wir haben uns nur versammelt, um uns zu verteidigen. Wenn wir uns gewehrt haben, dann für ein bestimmtes Ziel, es ging um unsere Zukunft und unsere Sicherheit. Es war keine Schlacht, um den Zaun zu schützen; wenn es eine Schlacht war, dann, um Menschen zu töten.»

Der 14-jährige Abdelziz Muhamat aus dem Tschad hat nur knapp überlebt: «Die Spanier fingen uns und übergaben uns an die Marokkaner. Sobald die Marokkaner uns hatten, schlugen sie uns, sie schlugen uns auf eine sehr seltsame Art und Weise; sie schlugen uns bis es Tote gab. Drei Menschen sind neben mir gestorben, einer war auf mich gefallen, und die Polizei hat ihn weggeholt. Ich wurde zu den Toten geschleppt, aber ich habe überlebt.»

Schlussfolgerungen

Die AMDH beklagt das lange Warten der Überlebenden auf medizinische Versorgung und beschuldigt sowohl Marokko als auch Spanien der «unterlassenen Hilfeleistung». Die Ambulanzen, die gegen 11.30 Uhr mobilisiert wurden, waren zunächst gekommen, um die Toten wegzubringen. Erst viel später wurden Verletzte evakuiert; die letzte Fahrt fand gegen 21 Uhr statt. Stundenlang lagen die Menschen in der prallen Sonne, und es waren einzig die Polizeikräfte, welche die Verletzten entweder zu den Bussen für deren Abschiebung brachten oder zu den Krankenwagen, die zum Hassani-Krankenhaus in Nador fuhren.

Die internationalen Institutionen haben nie eine unabhängige Untersuchungskommission entsandt, obwohl verschiedene Menschenrechtsorganisationen dies gefordert hatten, und die europäischen Medien haben nur kurz und völlig ungenügend über die Ereignisse berichtet. Umso wichtiger ist der Untersuchungsbericht der AMDH von Nador. Er hilft uns, die Hintergründe der Tragödie am Grenzübergang Bario Chino zu verstehen. Er stützt sich auf übereinstimmende Aussagen von zurückgewiesenen und abgeschobenen Überlebenden sowie auf die Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Hilfsinitiativen in Nador.

Die Versuche der Migrant-inn-en, die einzige Landgrenze zwischen dem afrikanischen Kontinent und Europa zu überqueren, waren seit 2015 drastisch zurückgegangen – zweifellos aufgrund der Verstärkung der Barrieren, welche die Grenze ausmachen: ein dreifacher Zaun von mehr als 6 Metern Höhe, dazwischen eine Grube; dazu kommt der Einsatz von unterirdischen Sonden und von Drohnen in der Luft. Die Abschiebungen von der spanischen Seite aus wurden im Frühjahr 2021 wieder aufgenommen, als Marokko 10.000 Migrant-inn-en absichtlich passieren liess und damit menschliche Existenzen als Erpressungsobjekt einsetzte. Bis zum ersten Quartal 2022 wurden die Aufenthaltsorte der Migrant-inn-en in den Wäldern kaum gestört, und die Anstürme auf Melilla fanden weniger Widerstand, wie es drei von ihnen am 2., 3. und 8. März 2022 gezeigt haben. Damals konnten immerhin 900 von 2500 Geflüchteten nach Spanien gelangen.

Die Tragödie vom 24. Juni 2022 ist offensichtlich das Ergebnis einer abrupten Kehrtwende in der marokkanischen Flüchtlingspolitik nach der Beilegung von Konflikten mit Spanien. So kam es zum Höhepunkt der Gewalt, die im zweiten Quartal 2022 in den Bergen von Nador mit aller Härte gegen die Exilierten eingesetzt wurde. Diese unerträgliche Situation für die Geflüchteten führte zu einem entschlossenen Ansturm auf den Zaun als einzige Hoffnung, die unmenschlichen Lebensbedingungen verlassen zu können. Darüber hinaus scheinen die zuvor aufgetretenen gewalttätigen Zusammenstöße bei den Polizisten einen besonderen Hass geschürt zu haben. Denn diese waren schon tagelang unterwegs auf der Jagd nach den Migranten, die ihnen jedoch gleichzeitig und zum ersten Mal die Stirn boten. Der Wunsch, die Rebellion definitiv niederzuschlagen, war vermutlich einer der Hauptgründe für die extreme Brutalität, welche die marokkanischen und spanischen Ordnungskräfte an den Tag legten. Doch jede Revolte gegen das unmenschliche Grenzregime der Festung Europa ist legitim. Sie wird nicht die letzte sein.

Marie-Pascale und Theo

1. Marokkanische Vereinigung für Menschenrechte von Nador
2. «La tragédie au poste frontalier de Bario Chino, un crime ignoble des politiques migratoires européennes espagnoles et marocaines», AMDH Nador, 20. Juli 2022; dt.: Die Tragödie am Grenzübergang Bario Chino, ein schändliches Verbrechen der europäischen, spanischen und marokkanischen Migrationspolitik
3. Brahim Ghali, der Polisario-Chef und Erzfeind von Marokko, wurde in Spanien medizinisch versorgt. Dies führte zu einer temporären Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern.
4. Siehe auch Archipel Nr. 316, Juli/August 2022

Globale Solidarität

«Wir haben nicht mehr viel Zeit», sagte Rudi Dutschke 1968 beim Vietnam-Kongress in Berlin. Aus seiner Sicht gab es damals eine unmittelbare revolutionäre Dringlichkeit, auf die reagiert werden müsse. Heute, so scheint es, hat sich die Dringlichkeit, die Gesellschaft zu verändern, potenziert und ein völlig neues Niveau erreicht. Davon handelt das hier vorgestellte Buch.*

Denn es bleibt nicht viel Zeit, um die irreversiblen Schäden einzudämmen, die der global entfesselte Kapitalismus verursacht und die bei einem weiteren «business as usual» zu dramatischen sozial-ökologischen Verwerfungen führen können. Viele Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen sprechen deshalb von einer «Vielfachkrise» des Planeten. Die Klimakatastrophe wirkt heute als Brandbeschleuniger für alle anderen Krisen – seien es soziale, ökonomische und ökologische Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen. Ernüchtert müssen wir feststellen, dass die Regierungen kaum gegensteuern, um die Erderhitzung aufzuhalten. Vielmehr sehen wir, dass sie den notwendigen, tiefgreifenden Wandel, den wir sofort brauchen, verhindern oder in die ferne Zukunft verschieben. Ob im

Hinblick auf demokratiepolitische Fragen, Umwelt- und Klimaschutz, Krieg und Frieden, Verteilungsfragen, Geschlechterverhältnisse oder Rassismus: Die Welt ist in einem besorgniserregenden Zustand.

Vielfachkrise

Der Begriff der Vielfachkrise tauchte zum ersten Mal im Jahr 2008 auf, als die globale Finanzkrise eine ganze Reihe von weiteren Krisen befeuerte: In den USA verloren hunderttausende Menschen ihr Obdach, in vielen Ländern des globalen Südens brachen Hungerrevolten aus, rund um den Globus verschärften sich Kriege und Konflikte um wichtige Ressourcen wie Wasser, Agrarland oder seltene Erden. Zugleich erleben wir heute eine tiefe Krise der repräsentativen Demokratie:

In mächtigen Volkswirtschaften sind autoritäre Regime an der Macht, die demokratische Grundrechte missachten und Menschenrechte verletzen: Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA 2016 war eine Art demokratiepolitischer Super-GAU und hat tiefe Spaltungen in der US-amerikanischen Gesellschaft hinterlassen. Auch in Europa sind seither höchst beunruhigende Tendenzen der Entdemokratisierung zu beobachten: Extrem Rechte und Rechtspopulist:innen gewannen in Ungarn und Polen, in Österreich, Italien und Grossbritannien an Aufwind. Teilweise scheiterten ihre Regierungsprojekte, gebannt ist die Gefahr eines erstarkenden Nationalismus deshalb aber noch lange nicht. Der progressive Aufbruch in Lateinamerika, der die Nullerjahre massgeblich prägte, endete mit der tiefen Krise des venezolanischen Experiments. Der Wahlsieg des extrem rechten Jair Bolsonaro in Brasilien im Jahr 2018 glich einem Worst-Case-Szenario: Die eklatante Missachtung von Menschenrechten sowie eine rapide voranschreitende Klima- und Umweltzerstörung waren die zum Teil irreversiblen Folgen. Ob sich das Blatt in Lateinamerika mit dem erfreulichen politischen Umschwung in Chile, Peru und Kolumbien und mit den Wahlen in Brasilien wendet, ist indes noch offen.

In Indien ist eine aggressive hindunationalistische Elite an der Macht, die eng mit den Interessen des fossilen Kapitals verwoben ist, Chinas Präsident Xi Jinping liess sich im Frühjahr 2018 durch eine Verfassungsänderung an der Macht verewigen. Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 legte den Umstand offen, dass zwanzig Jahre Militärpräsenz der NATO letztlich umsonst gewesen sind, sodass diese Art des westlichen Interventionismus nun vollständig desavouiert ist. In Russland hält Präsident Putin das Land fest im Griff und grenzt sich durch aggressive illiberale Politik vom Westen ab. Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 markiert eine Zäsur in der europäischen Geschichte. Im schlimmsten Fall weitet sich der Krieg aus – bis hin zum Einsatz von Atomwaffen. In jedem Fall aber findet in Ost und West eine neue Phase der Aufrüstung statt – die dringend notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise fliessen in unfassbar hohe Rüstungs- und Militärausgaben.

Nachdem der sogenannte Arabische Frühling bis auf wenige Ausnahmen scheiterte, scheinen sich viele Despoten weiterhin an der Macht halten zu können, oder aber es bildeten sich neue autoritäre Strukturen – nicht nur in den arabischen Ländern, sondern auch in Ländern des subsaharischen Afrika. Die Dauerkrise in der an Rohstoffen extrem reichen Demokratischen Republik Kongo, die auch nach dem Machtwechsel im Zuge der Wahlen vom Dezember 2018 anhält, steht exemplarisch für viele Länder des Kontinents. Dennoch gehen die Revolten weiter: Erwähnt seien die Proteste der demokratischen (Jugend-)Bewegung «Y'en a marre» im Senegal 2012, der



No Borders, No Nations, Stop Deportations! Foto: S. Durmel

Umsturz in Burkina Faso 2014, die demokratischen Aufbrüche in Mali und Guinea und die Revolution im Sudan 2018 und 2019.

Im Nahen Osten kommen Konfliktdynamiken nicht zur Ruhe, die oftmals von regionalen Hegemonialbestrebungen geprägt sind und hinter denen sich wiederum globale Hegemoniekämpfe verbergen. Am auffälligsten sind die Stellvertreterkriege, die auf die Kämpfe um Vorherrschaft zwischen Saudi-Arabien und dem Iran verweisen. Was die Türkei betrifft, so sehen wir eine massive Verfolgung und Repression gegen Journalist:innen, Intellektuelle und Oppositionelle, während das Land nach aussen hin einen aggressiven Krieg betreibt und gezielt die Zonen der kurdischen Selbstverwaltung im Osten und Süden des Landes sowie in Nord-syrien zerstört.

Ungleichverteilung und Klimakrise

Viele Entwicklungen der Vielfachkrise haben damit zu tun, dass das ökonomische Ungleichgewicht rund um den Globus in atemberaubendem Masse zugenommen hat. Die Zahlen von Oxfam, die Jahr für Jahr die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wiedergeben, sprechen eine klare Sprache. Denn weder die grossen Datenlecks rund um LuxLeaks noch die sogenannten Paradise Papers oder Pandora Papers haben grundlegend etwas gegen die Steuervermeidungsstrategien von Konzernen und Oligarch:innen sowie deren staatliche Absicherung ausrichten können. Wir stehen vor der absurden Situation, dass wenige Dutzend Personen rund die Hälfte der weltweiten privaten Vermögen kontrollieren. Die Welt ist heute über globale Liefer- und Produktionsketten verbunden, doch die Aktivitäten der transnationalen Konzerne verletzen permanent die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Und während der Corona-Pandemie hat sich die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums weiter zugespitzt.

Es gibt allerdings eine bestimmte Dimension dieser gesellschaftlichen Krisen, mit der vorangegangene Generationen bei Weitem nicht in dem Masse konfrontiert waren, wie wir es heute sind: die Klimakrise. Wenn es in absehbarer Zeit nicht gelingt, die Erhitzung unseres Planeten aufzuhalten, drohen verschärfte Krisendynamiken – ganze Weltregionen, die heute dicht besiedelt sind, könnten mehr oder weniger unbewohnbar werden. Eine unfassbare Vorstellung, der die herrschende Politik mit einer ungeheuren Verdrängungsleistung begegnet. Aufgrund ihres irreversiblen Charakters lässt sich die Klimakrise mit keiner der oben genannten gesellschaftlichen Krisen vergleichen. Deswegen müssen wir unter allen Umständen hier und jetzt dagegen aktiv werden. Dass es dafür Zeichen der Hoffnung gibt, ist nicht aus der Luft gegriffen: Rund um den Globus sind Millionen Menschen aktiv, um die sozial-ökologische Krise zu überwinden und die dringend notwendige Transformation zu gestalten.

Ich habe mein Buch zu einem Grossteil in Wiener und Berliner Bibliotheken verfasst sowie auf Kollektiv-Bauernhöfen in Österreich, der Schweiz und Frankreich. An diesen Orten ist man fern der entsetzlichen Auswirkungen von Krieg, Repression und Umweltzerstörung. Dort gelingt es den

jeweiligen Regierungen bisweilen noch, die gesellschaftliche Hegemonie stabil zu halten – manchmal sogar unter mehr oder weniger bürgerlich-liberalen Vorzeichen.

Wer das Privileg hat, im Besitz der «richtigen» Papiere zu sein, muss in der Regel nicht befürchten, Hunger zu leiden oder kriegerische Auseinandersetzungen zu erleben. Ein Grossteil der Menschen in Westeuropa hat sogar das Privileg, in Wohlstand zu leben. Verglichen mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine oder den apokalyptischen Lebensbedingungen, denen die Mehrheit der Menschen seit vielen Jahrzehnten in der Demokratischen Republik Kongo, in Bangladesch oder in Kolumbien ausgesetzt ist, hat man bisweilen den Eindruck, in einer Art V.I.P.-Zone der Welt zu leben.

Unmut macht sich breit

Die imperiale Lebensweise und die damit verbundene globale Apartheid, zwei Begriffe, die für das Buch massgeblich sind, schaffen die strukturellen Rahmenbedingungen, damit Elend und Umweltzerstörung im globalen Norden weitgehend unsichtbar bleiben. Und dennoch: Die verbliebenen Wohlstandsinseln schrumpfen: Es finden massive Angriffe auf soziale Sicherungssysteme statt, von der öffentlichen Gesundheitsversorgung über das Bildungssystem bis hin zur Garantie der Pensionszahlungen – das führt dazu, dass sich in den Bevölkerungen Unmut breitmacht und es zuweilen auch zu brodeln beginnt. Die ökonomischen Krisen, die der neoliberale Kapitalismus erzeugt, spülen in weiterer Folge rechte und extrem rechte Parteien und Bewegungen an die Oberfläche, welche die Gesellschaften spalten und Sündenböcke für die Krise suchen. Mit Entsetzen sehen wir, dass diejenigen Politiker:innen, die Grundrechte einschränken, Migrant:innen und Geflüchtete an den Rand der Gesellschaft drängen und den globalen Norden gegenüber dem globalen Süden abschotten, dieselben Politiker:innen sind, die beharrlich die menschengemachte Erderhitzung leugnen oder relativieren.

Doch dem Pessimismus des Verstandes sollte, um mit Antonio Gramsci zu sprechen, immer der Optimismus unseres Willens gegenüberstehen: der Optimismus, eine gerechte und für zukünftige Generationen lebenswerte Welt zu schaffen. Optimismus, genauso wie Hoffnung, ist dabei nicht die Überzeugung, dass etwas unter allen Umständen gut ausgeht. Es bedeutet vielmehr, sich die Haltung und letztlich die Gewissheit zu eigen zu machen, dass solidarisches Handeln Sinn macht, egal wie die Dinge am Ende ausgehen. Das Buch bezieht sich wesentlich auf den Begriff der Solidarität – gleichsam als Gegenstück zur imperialen Lebensweise und globalen Apartheid. Solidarität ist unabkömmlich, wollen wir die Vielfachkrise unseres Planeten überwinden, denn sie bestimmt die Art und Weise, wie wir uns als handelnde Subjekte aufeinander beziehen, und schafft damit erst das kollektive Subjekt, das Veränderungen bewirken kann. Solidarität findet im Grossen wie im Kleinen statt, sie verbindet die lokale mit der globalen Ebene und sie unterscheidet sich fundamental von der herablassenden Geste des Karitativen.

Die Zukunft ist offen, und zwar in alle

Richtungen. Gemeinsam müssen wir globale Gerechtigkeit durchsetzen und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen kämpfen. Wenn dieses Buch dazu einen Beitrag leisten kann, hat es seinen Zweck erfüllt. Es soll Handwerkszeug, Diskussionsgrundlage, Strategiepapier und Reflexionsinstrument sein. Es richtet sich an Aktive mit langjähriger Erfahrung ebenso wie an Neueinsteiger:innen, denen der Zustand der Welt keine Ruhe lässt. Inhaltlich habe ich auf zahlreiche Forschungen sowie Manuskripte für Reportagen, Zeitungsartikel und Vorträge zurückgegriffen, die im Laufe der Jahre entstanden sind. Verschiedene Delegationsreisen und Solidaritätsprojekte, an denen ich mitgearbeitet habe und noch immer mitarbeite, oft im Rahmen des Europäischen BürgerInnen Forums, liefern Grundlagen. Unzählige Debatten bei akademischen Konferenzen und in Redaktionsräumen, bei NoBorder- und Klimacamps, bei Treffen auf Landkooperativen der Bewegung Longo maï oder in Hausprojekten sind eingeflossen. Alle empirischen Grundlagen, die ich nenne, sind wissenschaftlich belegbar, doch handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Abhandlung, sondern um einen Essay, ein Debattenbuch und eine Streitschrift für globale Solidarität, die den Anspruch hat, nah an der Praxis der Bewegungen zu bleiben. Denn um die sozial-ökologische Transformation umzusetzen, sind unsere kollektive Intelligenz und Handlungsfähigkeit gefordert. Sie können das eben erschienene Buch gerne anhand der Bestellkarte, die diesem Archipel beigelegt ist, bestellen.

Alexander Behr

*Alexander Behr: «Globale Solidarität – Wie wir die imperiale Lebensweise überwinden und die sozial-ökologische Transformation umsetzen», Verlag oekom, München, Oktober 2022

Sie können das Buch bei uns per Post oder Mail für 25 Franken bestellen (ch@forumcivique.org)



Widerstand im öffentlichen Interesse

Kämpferische Gesänge aus hunderten Kehlen schallten Ende August 2022 über die hügelige Landschaft der südlichen Meuse in Frankreich. Die Zusammenkunft der revolutionären Chöre am alten Bahnhof von Luméville war einer von vielen Ausdrücken des Protests gegen die Planung des «Zentrums für industrielle Tiefenendlagerung» CIGEO, dem wohl grössten atomaren Endlager der Welt, das im Lothringer Hinterland in Bure entstehen soll.

Auch wenn kaum glaubhafte Lösungen für die Müllproblematik der Atomindustrie auf dem Tisch liegen, hat der französische Staat seine atomaren Grossmacht-Bestrebungen in diesem Jahr weiter verstärkt. Anfang Juli kam es Schlag auf Schlag: Die Lobbyarbeit des industriefreundlichen EU-Kommissars Thierry Breton zur Anerkennung von Erdgas und Atomkraft als «saubere Energien» durch das Europaparlament hatte Erfolg. Unter Ausblendung scheinbar drohender Lieferengpässe, etwa aus Kasachstan und Russland infolge der Ukraine-Invasion, konnte die rechte Mehrheit in Strassburg für eine denkbar knappe Entscheidung begeistert werden. Auch wenn sich die Privatwirtschaft immer weniger am Bau neuer AKW interessiert zeigt, will Macron bis zu 14 neue Hochdruckwasserreaktoren der Areva-Siemens-Baureihe auf den Weg bringen. Im gleichen Atemzug wie die Taxonomie¹ zu erneuerbaren Energien wurde die abschliessende Renationalisierung des EDF-Konzerns für üppige 9 Milliarden Euro beschlossen – so dass die Klage der Aktionäre auf eine Verdoppelung der Erlöse erfolglos bleibt. Die Hälfte der französischen Meiler ist derzeit wegen Sicherheitsmängeln abgeschaltet, tausende Megawatt an Strom werden täglich importiert – an Export der überteuren Energie ist nicht zu denken. Während der Rechnungshof hunderte Milliarden für die Sanierung des existierenden Atomparks veranschlagt, erscheint Frankreichs dogmatische Verengung auf die Kernenergie immer unerklärlicher.

Doch die Verbissenheit Frankreichs geht deutlich weiter, denn der 8. Juli hatte noch eine Neuigkeit parat: Das Atomklo-Projekt von Bure wurde durch die frisch bestimmte eiserne Lady, Premierministerin Elisabeth Borne, mit der «Déclaration d'utilité publique» (DUP) zu einem Projekt «von öffentlichem Interesse» befördert. Denn ein Kernbaustein der Atomnation ist das ungelöste Endlager-Problem, dessen Verwirklichung Paris im undicht bevölkerten Süden Lothringens sieht. Im 80-Einwohner-innen-Dorf Bure, 130 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, soll das wohl grösste Industrieprojekt Europas verwirklicht werden. In 500 Metern Tiefe gehört, Paris zufolge, 99 Prozent der Radioaktivität französischer Atomwirtschaft vergraben. Ein Jahrhundertlang ist die Befüllung durch etwa drei Castor-Transporte pro Woche geplant, wenn denn die Infrastruktur wie Gleise und Schächte zur Fertigstellung kommen. Die DUP soll

nun Landenteignungen ermöglichen, die im Anbetracht weiterhin renitenter Teile der Bevölkerung notwendig erscheinen.

Karotte und Peitsche

Die Zeit für die Verwirklichung eines Endlagers ist knapp, auch wenn de facto weltweit keine technischen und wissenschaftlichen Lösungen bereitstehen. In der Plutoniumfabrik von La Hague quellen alle Zwischenlager über, während sich zehntausende Kubikmeter Müll an den 19 Reaktorstandorten türmen. Ein Ausbau der Lagerkapazitäten wurde durch die Anti-Atombewegung kürzlich ausgebremst. Sowohl der Rückbau bestehender Anlagen als auch die Zukunft neu entstehenden Abfalls ist vollkommen ungeklärt. Und während der Widerstand das Bure-Projekt weiter verzögert, wird die undemokratische Vorgehensweise der Atomindustrie immer deutlicher. Auf der einen Seite findet seit über zwanzig Jahren eine massive Militarisierung des Gebietes, das direkt vom CIGEO betroffen ist, mit entsprechender Repression statt und auf der anderen Seite fliessen -zig Millionen an «Begleitzahlungen» in die Säcke der Gemeinden und kollaborationswilligen Grundbesitzer-innen.

Die demokratische Farce um die angeblich Protest-freie Anhörung wird auch vom Atomstaat unterlaufen: Parallel zur DUP lancierte Frankreich nämlich eine «Operation von nationalem Interesse» (OIN), mit der die Macht sämtlicher Kommunen der betroffenen Landkreise ausgehebelt wird. Mit Karotte und Peitsche wird also am grossen Loch gebaut, und da wo das Beteiligungsspektakel unzureichend erscheint, fallen die Masken des Zentralstaates, der in aller Ruhe seine autoritären Gesichtszüge zeigt.

Formen des Widerstands

Seit jeher setzt Frankreich alles daran, den Protest gegen seine Atompolitik zu verheimlichen, doch die Dynamik der letzten Jahre ist besonders in Bure nicht totzuschweigen. Noch im vergangenen Sommer trafen sich rund 1000 Atomkraft-Gegner-innen auf dem Gelände des ehemaligen Bahnhofs von Luméville. Gleisabschnitte, ein Depot des Endlagerkonzerns in Gondrecourt und mehrere Bohrstellen wurden im Laufe des Jahres sabotiert, während der Staat mit seinem Verfahren gegen vermeintliche Übeltäter-innen in Bar-le-Duc weitgehend aufblief und medial wie auf der Strasse demontiert wurde. Auch wenn dies von den angeblich unabhängigen

Kommissar-innen für Öffentlichkeitsbeteiligung ignoriert wurde, gab es intensiven Protest rund um die DUP-Anhörung im Herbst letzten Jahres. Dabei kam es zu Blockaden der betroffenen Rathäuser mit Misthaufen und Strohballen sowie stundenlangen Auseinandersetzungen mit Hundertschaften der Polizei in Bure. Öffentliche Veranstaltungen der «Agentur für die Verwaltung radioaktiver Abfälle» ANDRA wurden in diesem Zusammenhang gesprengt – wie auch die Anhörung zur geplanten Umgehungsstrasse im Festsaal von Échenay.



Und der Widerstand gegen den CIGEO machte auch in diesem Jahr keine Pause. Ein bunter Karneval zog während dem Fest des Widerstandshauses «Maison de Résistance» im März durch Bure und Unbekannte verbogen Zuggleise auf dem Bauabschnitt der Castortrasse nahe Ligny-en-Barrois anlässlich des Fukushima-Jahrestages. Im Sommer brannten sowohl eine Umweltmessstation in Montiers-sur-Saulx als auch eine Bohrstelle bei Cirfontaines lichterloh. Am Bahnhof von Luméville beteiligten sich im Juli mehrere Hundert an einem «Barrikadenfest», um die Verteidigung des von Enteignung bedrohten Geländes vorzubereiten. Die dritte Ausgabe des Bure'lesque-Festivals der Widerstandsbewegung in Hévilillers erreichte im August mit 2.000 Menschen eine Rekordzahl an Besucher-inne-n.

Anfang September legte dann der juristische Arm des Widerstandes eine 200-seitige Klage gegen die DUP ein. In den umliegenden Dörfern entstehen immer mehr Wohnprojekte. Die landwirtschaftliche Kooperative «Les Semeuses»² geht in ihr drittes Jahr und das soziale Zentrum «Augustine»³ in Mandres ergänzt die bereits etablierten Orte: das Widerstandshaus «Bure Zone Libre» und den alten Bahnhof von Luméville «La Gare» als Treffpunkt für kulturelle Aktivitäten und Organisation. Vom 28. bis 30. November wird das Verfahren wegen angeblicher Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Berufungsgericht in Nancy eine Neuauflage erfahren. Dort ist erneut mit wütenden und kreativen Mobilisierungen zu rechnen. Während langfristig angelegte Projekte wie der Aufbau der «Augustine» oder etwa der landwirtschaftlichen Kooperative der ANDRA eine Belebung des Hinterlandes entgegensetzen und Aktivist*innen den Fortschritt des Bauprojektes durch Sabotage behindern, arbeiten Bürgerinitiativen und Vereine daran, die juristischen Grundlagen des CIGEO durch Klagen und Petitionen zu Fall zu bringen. Wie im Wendland⁴ dürfte auch in Lothringen der Schlüssel eines erfolgreichen Widerstands in der Diversität der Taktiken liegen.

Luc Škaille

1. Die Taxonomie sind EU-Richtlinien für «grüne» Investitionen. Sie verfolgt das Ziel, ein EU-weites Klassifizierungssystem für die Bewertung ökologischer Nachhaltigkeit von wirtschaftlichen Aktivitäten zu etablieren.

2. Les Semeuses: eine landwirtschaftliche Genossenschaft im Aufbau neben dem ANDRA-Labor

3. L'Augustine: Sozialzentrum im Bau in einem Nachbardorf.

4. Siehe Archipel Nr. 241, Oktober 2018: Wendland - Asylland